

NIEDERSCHRIFT UDF/012/2013

über die Ausschuss für **Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten der Stadt Billerbeck** am 19.06.2013 im Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzender:

Herr Karl-Heinz Brockamp

Ausschussmitglieder:

Herr Hans-Joachim Dübbel-
de Vertretung für Herrn
Florian Heuermann
Herr Andreas Groll
Herr Bernd Kösters
Herr Dr. Wolfgang Meyring
Herr Hans-Jürgen Dittrich
Herr Ralf Flüchter

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Herr Lutz Wichmann
Herr Winfried Heymanns
Herr Carsten Rampe ab Verlauf zu TOP 1.

Vortragende Gäste:

Herr Kleining
Herr Lasogga Förster, zu TOP 1.
Untere Landschafts-
behörde, zu TOP 1.

Von der Verwaltung:

Herr Peter Melzner
Herr Hubertus Messing
Herr Gerd Mollenhauer
Herr Jürgen Erfmann
Frau Birgit Freickmann Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:00 Uhr

Herr Brockamp stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Hecken- und Baumpflegearbeiten im Winter 2012/2013

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind Herr Lasogga von der Unteren Landschaftsbehörde sowie Herr Kleining, der die Stadt als Förster betreut anwesend.

Herr Mollenhauer stellt voran, dass die durchgeführten Hecken- und Baumpflegemaßnahmen sicherlich einschneidend und prägend gewesen seien. Deshalb habe sich die Verwaltung im Vorfeld sehr intensiv hiermit befasst und fachlichen Rat eingeholt. Dabei sei durchaus bewusst gewesen, dass die Aktion von der Bevölkerung kritisch gesehen werden würde.

Herr Lasogga begründet und erläutert aus fachlicher Sicht die einzelnen Maßnahmen. Er betont mit Nachdruck, dass die Maßnahmen zwingend erforderlich gewesen seien.

So hätten die Bäume im Bereich der Berkel zur Einhaltung der Verkehrssicherungspflicht unbedingt gefällt werden müssen, da sie aufgrund des aufgeweichten Bodens umzustürzen drohten und dann u. U. andere Bäume mitgerissen hätten.

Bei dem Bewuchs auf dem Wall entlang der Kreisstraße am Helker Berg sei eine Vergreisung eingetreten. Es handele sich insbesondere um Weichhölzer, die alle 8 – 10 Jahre komplett auf den Stock gesetzt werden sollten. Durch die Vergreisung sei der Schall-, Lärm- und Staubschutz im unteren Bereich der Hecke nicht mehr gewährleistet gewesen. Im Übrigen handele es sich bei dem Wall um städt. Parzellen, die sich die Anlieger von der Innenseite her „einverleibt“ und nach ihren Naturansprüchen verunstaltet hätten. Das halte er für sehr fragwürdig. Weil nach dem Rückschnitt alles bloß gelegen habe, sei der Aufschrei groß gewesen. Bzgl. des Rückschnitts der Hecke am Bonackerweg sei auf den dort vorkommenden seltenen Bärlauch hingewiesen worden, der nun ungeschützt sei. Der Bärlauch stehe dort auf einem extremen nicht typischen Standort und sei dort nur hingekommen, weil vor ca. 10 – 15 Jahren ein kleines Waldstück geräumt wurde und der Abraum mit dem Bärlauch dort abgelagert wurde.

Herr Brockamp merkt an, dass man den psychologischen Aspekt nicht vergessen sollte. Zu dem Zeitpunkt als alle auf das Sprießen des jungen Grüns gewartet hätten seien die Bäume und Sträucher abgesägt worden.

Herr Dübbelde weist darauf hin, dass am Helker Berg etliche Bäume rot markiert seien. Im Berkelbereich seien die mit einem roten Punkt versehenen Bäume entfernt worden, so dass sich die Frage stelle, ob die rot markierten Bäume am Helker Berg auch noch gefällt werden.

Herr Erfmann räumt ein, dass die unterschiedliche Handhabung unglücklich gewesen sei. Der rote Punkt an den Bäumen entlang der Kreisstraße bedeute, dass die Bäume stehen bleiben. Umgekehrt seien am Berkelquellteich die rot markierten Bäume gefällt worden.

Herr Dr. Meyring schlägt vor, künftig eine durchgängige Markierung anzuwenden.

Herr Flüchter konstatiert, dass die Aktion unglücklich gelaufen sei. Bei der Vorstellung der geplanten Maßnahmen im Ausschuss sei ihm das Ausmaß nicht bewusst gewesen. Dass die Hecke an der Kreisstraße auf den Stock gesetzt werden sollte, sei damals z. B. nicht erwähnt worden. Selbstverständlich müsse ein Baum gefällt werden, wenn die Verkehrssicherungspflicht nicht mehr gewährleistet sei. Insgesamt sei für ein Jahr zu viel zurückgeschnitten worden, vielleicht hätte man die Maßnahmen über mehrere Jahre strecken sollen. Die stehen gebliebenen Baumstumpen an der Berkel machten nicht gerade den Eindruck einer fachgerecht durchgeführten Arbeit.

Herr Dittrich stellt ebenfalls heraus, dass er bei der Vorstellung im Ausschuss von punktuellen Maßnahmen ausgegangen sei. Er wolle nicht die Qualifikation des Herrn Lasogga in Frage stellen. Es habe aber auch nichts mit Empfindlichkeit zu tun, wenn sich engagierte Bürger zu Wort meldeten, denen die Rückschnitte zu weit gegangen seien. Herr Rusch habe sich die Bäume im Vorfeld auch angesehen und festgestellt, dass 50 der nachher gefällten Bäume gar nicht krank gewesen seien. Und wenn er höre, dass auch Landwirte mit dem Fällen beauftragt und nachher mit dem Holz entschädigt wurden, dann stelle er in Frage ob das denn richtig sein könne.

Er freue sich über das Naturbewusstsein der Bürger und erwarte das auch von den Fachleuten, auch wenn sie Dinge anders sähen. Einige der eben angeführten Begründungen halte er nicht für gerechtfertigt. Des Weiteren seien z. B. Rückschnitte im Bereich des Bahnhofs erst nach dem 1. März erfolgt und das Holz liege dort immer noch.

Herr Mollenhauer und Herr Erfmann unterstreichen, dass die Rückschnitte vor dem 1. März abgeschlossen waren.

Herr Erfmann teilt zu den angesprochenen angeblich 50 nicht kranken Bäumen mit, dass diese von ausgebildeten Fachleuten begutachtet wurden. Im Zweifel werde aber ein Baum mehr gefällt, bevor u. U. jemand einen Schaden erleide. Außerdem sei nur eine einzige Maßnahme und zwar der Rückschnitt am Bonackerweg an einen Landwirt vergeben worden, mit dem Rest seien lokale spezialisierte Unternehmen beauftragt worden.

Im Übrigen seien in diesem Jahr nur 2 km von insgesamt 8 km Auftragsvolumen erledigt worden. An den Hecken sei in den letzten Jahren nichts gemacht worden.

Es schließt sich eine kurze Erörterung an, in der Herr Brockamp anmerkt, dass die kritischen Fragen sicherlich hauptsächlich deshalb aufgekomen seien, weil auf einmal so viel zurückgeschnitten wurde.

2. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Erfassung von Altmetallen sowie E-Schrott

Herr Melzner erläutert den Sachverhalt unter Bezugnahme auf die Sitzungsvorlage.

Herr Dittrich macht deutlich, dass er die vorgeschlagene Lösung nur für die zweitbeste Lösung halte. Bei einer Sammlung mittels Container habe man keine Kontrolle über die Sachen, die eingeworfen werden. Deshalb sei eine Sammlung, wie sie die SPD in der Vergangenheit durchgeführt habe, die bessere Lösung. Deshalb schlage er vor, dass die Stadt die SPD mit der Durchführung der Sammlung beauftragt.

Herr Melzner führt aus, dass der SPD-Antrag zur Durchführung der Sammlung bekanntlich abgelehnt wurde. Grund hierfür sei, dass die SPD im Gegensatz zur Stadt kein öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger sei und deshalb keine Sammlung durchführen dürfe. An den Containern würden Hinweise angebracht, dass bei Fehlgebrauch mit entsprechenden Maßnahmen gerechnet werden müsse. Im Übrigen könnten Dinge immer widerrechtlich entsorgt werden.

Herr Rampe berichtet, dass auch auf Kreistageebene unter Berücksichtigung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes keine andere Möglichkeit gesehen wurde. Die Container würden auch im Hinblick auf den demografischen Wandel aufgestellt, um eine ortsnahe Entsorgung zu ermöglichen. Von 11 kreisangehörigen Gemeinden beteiligten sich 10 an der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung.

Herr Brockamp bestätigt, dass die SPD Sammelaktion eine gute Sache gewesen sei. Wenn diese nicht mehr durchgeführt werden dürfe, wäre es doch von Vorteil, wenn ergänzend zur Sammlung am Wertstoffhof Altmetail und E-Schrott bequem über Container vor Ort entsorgt werden könne.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Kreis Coesfeld über die Delegation von Aufgaben im Bereich der Sammlung und des Transportes von Altmetallen sowie Elektrokleingeräten – wie in Anlage 1 zur Sitzungsvorlage ausgewiesen - wird zugestimmt.

Stimmabgabe: 8 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

3. Gemeinsamer Wertstoffhof der Stadt Coesfeld, Gemeinde Rosendahl und der Stadt Billerbeck in Coesfeld-Brink

Herr Melzner stellt heraus, dass der von Coesfeld, Rosendahl und Billerbeck gemeinsam betriebene Wertstoffhof ein gutes Beispiel für interkommunale Zusammenarbeit darstelle und auch zur Senkung der Gebühren beitrage. Die Zusammenarbeit habe sich bewährt und sollte fortgesetzt werden.

Herr Dittrich erklärt, dass der Wertstoffhof in Coesfeld auch in diesem Fall nur die zweitbeste Lösung darstelle, weil eine ortsnahe Lösung insbesondere für ältere Menschen besser wäre. Deshalb sei es in der Vergangenheit das Bestreben der SPD gewesen, eine eigene Lösung für Billerbeck zu finden.

In der Vorlage werde für einen eigenen Wertstoffhof eine Summe ge-

nannt, von der er nicht wisse, wie sie zustande komme. Zur Vorbereitung und Beschlussfassung benötige er nachvollziehbare Zahlen.

Herr Melzner schlüsselt daraufhin die Kosten auf. Die Kalkulation ist als **Anlage 1** dieser Niederschrift beigelegt.

Herr Brockamp stellt fest, dass die immer geforderten Synergieeffekte hier genutzt werden. Zudem bestehe insbesondere für ältere Menschen die Möglichkeit den Müll abholen zu lassen. Allerdings bitte er die Verwaltung abzuklären, welcher Service zu welchem Preis hier genau geleistet werde. Ihm sei ein Fall bekannt, bei dem die Abholung nur auf mehrmalige Anforderung erfolgt sei.

Herr Dr. Meyring betont, dass der Wertstoffhof in Coesfeld hervorragend und mit großem Engagement der Mitarbeiter geführt werde. Da der Wertstoffhof großflächig sei, könnten sich dort auch viele gleichzeitig bewegen. Solch umfangreiche Öffnungszeiten wie in Coesfeld wären vor Ort nicht realisierbar und erst recht nicht zu den Kosten. Zudem wäre es schwierig, den an- und abfahrenden Verkehr unterzubringen, der zudem noch eine Belastung für die Anwohner eines Wertstoffhofes wäre.

Es stelle sich die Frage, wie viel Geld man für Bürgerservice in die Hand nehmen wolle und die hier genannten Kosten seien auch für die SPD-Fraktion zu hoch, so Herr Dittrich.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung über den Betrieb des Wertstoffhofes soll in der bisherigen Form bestehen bleiben. Die Verwaltung wird beauftragt, den Wertstoffhof mit der Stadt Coesfeld und der Gemeinde Rosendahl ab dem 01.01.2014 gemeinsam weiter zu betreiben.

Stimmabgabe: 7 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen

Auf Antrag von Herrn Dr. Meyring werden die folgenden Tagesordnungspunkte 4. und 5. zusammen beraten.

4. **Gebührenbedarfsberechnung 2014 - 2017 für das Friedhofs- und Bestattungswesen einschließlich der Neufassung der Gebührensatzung zur Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen (Friedhofssatzung) in der Stadt Billerbeck**
5. **Erweiterung der Bestattungsmöglichkeiten auf beiden Friedhöfen hier: Vorberatung zur Anpassung der Friedhofssatzung**
Herr Messing stellt unter Bezugnahme auf die Sitzungsvorlage die neuen Grabformen vor und erläutert die Gebührenkalkulation.

Herr Dr. Meyring regt an, die Nutzungsrechte für Wahlgrabstätten zu ver-

kürzen. Als zusätzliche Option sollte ein 30-jähriges Nutzungsrecht angeboten werden. Die Angehörigen wohnten oft anderswo und müssten dennoch 50 Jahre für das Grab aufkommen.

Herr Messing gibt zu bedenken, dass die wegfallenden Nutzungsrechte auf alle anderen Grabstättengebühren verteilt werden müssen und diese fehlenden 20 Jahre zu einer exorbitanten Gebührenerhöhung führen würde. Außerdem würden Wahlgrabstätten ja erworben, eben weil das Nutzungsrecht verlängert werden könne und die Eltern zusammen liegen können. Wenn der überlebende Ehegatte z. B. 12 Jahre nach seinem Ehepartner sterbe, verlängere sich die Laufzeit auf 42 Jahre. Der zuletzt Sterbende gebe die Ruhezeit mit 30 Jahren wieder vor. Wenn eine Wahlmöglichkeit eingeräumt werde, müsse davon ausgegangen werden, dass sich alle für ein Nutzungsrecht von 30 Jahren entscheiden werden. Anhand einer Excel-Tabelle verdeutlicht Herr Messing um welche Beträge sich die Gebühren erhöhen würden. Diese Erhöhungen müssten dann auch nach außen vertreten werden.

Herr Dittrich bittet zu prüfen, ob die Gebühren für Reihengrabstätten für Kinder gesenkt werden können. Hier seien junge Familien betroffen, bei denen das Geld oftmals knapp sei.

Nach weiterer Erörterung über die Auswirkungen auf die Gebühren bei einem Nutzungsrecht von 30 Jahren für Wahlgrabstätten schlägt Herr Dittrich vor, dass die Verwaltung eine Vorlage für die Ratssitzung erstellen soll, in der die Gebühren bei einer Nutzungszeit von 30, 40 und 50 Jahren dargestellt sind. Ebenfalls sollte ein Vorschlag für die Verringerung der Gebühren für Reihengrabstätten für Kinder unterbreitet werden. Dann könne in den Fraktionen noch einmal beraten werden.

Die verschiedenen Gebührenvarianten sind dieser Niederschrift als **Anlagen 2 - 4** beigelegt.

Herr Flüchter hält die Gebührenkalkulation unter Berücksichtigung der neuen Bestattungsformen und die Umstellung beim Flächenschlüssel für gerechter als bisher. Wenn jetzt noch Details nachgeliefert würden, sei man auf einem guten Weg.

Herr Dr. Meyring teilt mit, dass außer der Frage des Nutzungsrechtes alles andere unstrittig sei.

Herr Messing weist abschließend noch darauf hin, dass die neuen Gebühren nicht unterjährig eingeführt werden können. Mit der Erstellung der neuen Grabformen auf dem alten Friedhof werde jetzt begonnen. Wenn dort noch in diesem Jahr eine Bestattung erfolge, dann würden die Gebühren mit den Angehörigen privatrechtlich abgerechnet. Die Satzung werde zum 01.01.2014 in Kraft treten.

6. Mitteilungen

Keine

6.1. Fällen eines Baumes - Herr Erfmann

Herr Erfmann teilt mit, dass an der Johannisgrundschule eine Kastanie gefällt werden müsse, weil sie von einem Pilz befallen sei und die Rinde verliere.

7. Anfragen

7.1. Sitzungsvorlage zu TOP 1 der heutigen Sitzung - Herr Dittrich

Herr Dittrich bittet die Verwaltung, künftig in der Sitzungsvorlage zu erwähnen, wenn Experten zu einem Tagesordnungspunkt eingeladen werden.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass in der Regel hierauf auch hingewiesen werde, nur habe bei Herrn Lasogga erst heute Morgen und bei Herrn Kleining gestern festgestanden, dass sie an der Sitzung teilnehmen werden.

Herr Dittrich merkt an, dass in der Vorlage auch hätte vermerkt werden können, dass die Herren evtl. an der Sitzung teilnehmen werden.

7.2. Wilde Müllkippe im Bereich der Zufahrt zum Sportpark - Herr Dittrich

Herr Dittrich weist auf Müllablagerungen auf dem Parkplatz im Bereich der Zufahrt zum Sportpark hin.

Herr Brockamp teilt mit, dass der Müll weggeräumt wurde.

Herr Erfmann sagt Überprüfung zu.

7.3. Holzablagerungen am Bahndamm Richtung Weißenburg - Herr Dr. Meyring

Herr Dr. Meyring erkundigt sich, ob absichtlich Holz in einem Loch am Bahndamm Richtung Weißenburg unterhalb des Bahnübergangs abgelagert wurde.

Herr Messing teilt mit, dass die Bahn den Bahndamm freigeschnitten habe und das Holz naturnah abgelegt habe.

Herr Dr. Meyring merkt an, dass die Ablagerung dazu verleite, noch mehr dazu zu legen.

7.4. Neue Zufahrt zum Feuerwehrgerätehaus - Herr Groll

Herr Groll erkundigt sich nach dem Sachstand bzgl. der Erneuerung der Zufahrt zum Feuerwehrgerätehaus.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass die Ausschreibung erfolgt sei und mit den Arbeiten noch im Sommer begonnen werde.

7.5. Terminüberschneidungen - Herr Dittrich

Herr Dittrich weist darauf hin, dass am 15.07.2013 die OGS-Steuerungsgruppe zusammen kommen soll, an diesem Tag aber auch die Fraktionssitzungen zur Vorbereitung der Ratssitzung am 16.07.2013 stattfinden. Er bitte um Terminverlegung und vorherige Absprache.

Herr Messing sagt Kontaktaufnahme zu.

7.6. Cradle to Cradle - Herr Brockamp

Herr Brockamp weist auf das von Herrn Michael Braungart entwickelte Konzept „Cradle to Cradle“ hin, danach sollen Produkte schon im Entstehungsprozess so konzipiert werden, dass sie niemals zu Müll werden. Alles soll wiederverwertet werden können.

Die Stadt und auch die Werbegemeinschaft könnten diese Idee aufgreifen und zu einem Markenzeichen für Billerbeck entwickeln. Die Verwaltung sollte die Werbegemeinschaft hierauf ansprechen und das Thema auch bei allen anderen Möglichkeiten erwähnen und forcieren.

Herr Messing berichtet, dass bereits erste Gespräche in diese Richtung geführt wurden und sich auf Dauer hieraus etwas ergeben könnte. Das funktioniert aber nur, wenn alle Akteure in dieses Gedankengut einsteigen.

Karl-Heinz Brockamp
Ausschussvorsitzender

Birgit Freickmann
Schriftführerin

